

Leserbrief zu „Olaf Tauras will ein City-Bündnis“, Courier, 8.2.21

‘Quick-Start‘ in den Klimaschutz oder Bremsspur des Geldes?

Das City-Bündnis ist eine gute Idee, sofern auch die Hauptbetroffenen und wichtigsten Anwender von Stadt, ihre Bewohner, auf Augenhöhe mit einbezogen werden. Diese nicht berichtete/gedachte(?) Erweiterung des Teams könnte allerdings auch Ideen hervorbringen, die mehr Geld kosten oder die Einnahmen schmälern würden.

Da die verfügbaren Mittel der Stadt ohnehin eher schwinden, wird das liebe Geld immer mehr zum Totschlag-Argument gegen kostenträchtige Ideen und Zukunftspläne. Damit es trotzdem nach der endlichen Pandemie endlich so richtig losgehen kann mit dem Klimaschutz, muss vorweg eine Art Befreiungsschlag vom soliden Haushalt als Grundlage allen Handelns (nach Tauras) erfolgen.

Die lokalen Corona-Kosten und der Mehraufwand wegen des Klimawandels sind nicht aus dem viel zu kleinen Stadtsäckel zu finanzieren. Im Unterschied zu uns privaten Schuldenmachern muss ein Kämmerer das aber auch gar nicht. Wesentliche Aufgaben der Daseinsvorsorge oder die Sicherung unserer ökologischen Lebensgrundlagen müssen nicht zusammengestrichen werden. Die Städte und Kommunen hätten lediglich im Namen ihrer Bewohner mit gemeinsamer, kräftiger Stimme bei Land und Bund mehr Geld für ihre Pflichterfüllung einzufordern. Dass genug Euros vorhanden sind, wissen wir ja bereits seit der Bankenrettung aus der Finanzkrise und sehen es gerade wieder.

Noch aber stehen die Kommunen im beinharten, oft umweltschädlichen Konkurrenzkampf um die Ansiedlung von mehr Gewerbe und zahlungskräftigen Neu-Einwohnern in neuen Einfamilienhäusern. Dieser Widersinn ließe sich (z. B. durch das skandinavische Steuermodell) leicht auflösen. Die Gemeinden hätten dann mehr Selbständigkeit und Einfluss auf die örtliche Steuererhebung und –verwendung. (Der größte Teil der Einkommenssteuer bliebe in den Orten, die trennende Gewerbesteuer ginge dafür an das Land.) Als Nebenwirkung dieses alternativen Steuermodells dürfte obendrein mit einer höheren Bürgerzufriedenheit gerechnet werden.

Um die Bewohner möglichst vollends für den sozialen und ökologischen Wandel mit ins Boot zu holen, fehlten dann nur noch die Absicherung über eine mittelfristig kostenlose Daseinsvorsorge in Verbindung mit einem allgemeinen Grundeinkommen, die gesellschaftliche und politische Teilhabe und zahlreiche Möglichkeiten zur Erfahrung und Mitgestaltung sich allmählich wandelnder Lebensqualitäten. Auf dieser Basis bekämen die Regierenden auch die nötige Motivation und den Rückhalt für die unverzichtbaren, ordnungsrechtlichen Klimaschutzregelungen. Dann ließe sich –zusammenhangs-frei nach Olaf Tauras‘ Sparsamkeitsformel- tatsächlich „überall schauen, was wir wirklich brauchen“.

Jochen Rathjen, Neumünster